

Unterstützung der Volksinitiative „Ja zur Hausarztmedizin“

Ausgangslage: Die Initiative "Ja zur Hausarztmedizin" wurde von den Hausärzten lanciert, da sich in der Schweiz bis 2021 ein dramatischer Hausärzte-Mangel abzeichnet und die Hausärzte ihre Berufsgattung vor dem Aussterben retten wollen. Die Initiative wurde im Frühjahr 2010 mit über 200'000 Unterschriften eingereicht. Die Initiative wird in den kommenden Wochen und Monaten wieder stärker debattiert werden. Im Hinblick auf diese Diskussionen soll die SP Schweiz eine klare Unterstützung der Initiative beschliessen.

Resolutionstext:

Die SP unterstützt die Initiative „Ja zur Hausarztmedizin“ aus folgenden Gründen:

- Eine bezahlbare, qualitativ hochstehende, interdisziplinäre und für alle zugängliche medizinische Grundversorgung ist ein zentraler Pfeiler eines modernen Service Public.
- Die Hausarztmedizin ist Dreh- und Angelpunkt der Gesundheitsversorgung. 90% aller medizinischen Behandlungen werden durch die Hausärztin oder den Hausarzt abgeschlossen.
- Gleichzeitig gibt es in der Hausarztmedizin ein Nachwuchsproblem: Rund die Hälfte der Hausärztinnen und Hausärzte wird in den nächsten 5 Jahren in Pension gehen. Der Hausarztberuf hat in den letzten Jahren an Anziehungskraft verloren.
- Damit gewährleistet ist, dass alle Menschen in diesem Land auch künftig Zugang zu einer Hausärztin oder einem Hausarzt haben, muss die Politik auf allen Ebenen rasch handeln: Der Hausarztberuf muss für junge Medizinerinnen und Mediziner in allen Regionen wieder attraktiver werden. Der Nachwuchs ist gezielt zu fördern.
- Länder mit einem stark hausarztzentrierten Gesundheitssystem wie z.B. die Niederlande haben tiefere Gesundheitsausgaben, besser betreute Patientinnen und Patienten und eine höhere Lebensqualität für die ganze Bevölkerung aufzuweisen.
- Die Initiative „Ja zur Hausarztmedizin“ fordert nicht nur eine Strategie zur Stärkung der Position der Hausarztmedizin innerhalb des Gesundheitswesens, sondern gleichzeitig auch die Förderung der Zusammenarbeit mit den übrigen Leistungserbringern und Institutionen des Gesundheits- und Sozialwesens.

Resolution angenommen vom ausserordentlichen Parteitag in Zürich vom 26. März 2011